

## PRO & CONTRA



### PRO

**ANJA STAHMANN**  
Senatorin für Soziales,  
Kinder und Jugend

Das Wohn- und Betreuungsgesetz ist ein Gesetz mit Augenmaß, nicht mit der Keule. Es soll Menschen schützen, die in Einrichtungen leben und die daher besonders abhängig sind von Unterstützung. Wenn es Probleme gibt, greift die Wohn- und Betreuungsaufsicht zunächst unterstützend ein.



### CONTRA

**REINHARD LEOPOLD**  
Initiative  
Heim-Mitwirkung

Die Heimaufsicht verwechselt Beratung mit sicherlich notwendiger Kommunikation. Wenn in Heimen pflegebedürftige Menschen für viel Geld schlecht gepflegt und betreut werden, muss den Verantwortlichen gegenüber klar kommuniziert werden, dass die Mängel zeitnah und in gesetzter Frist abgestellt werden müssen.

## Heimgesetz: Betreiber bei Mängeln lieber beraten als bestrafen?

Dabei geht es darum, den Wohn- und Lebensraum zu erhalten. Das ist keine Lappalie. Einen alten Baum verpflanzt man nicht gern; frühere Nachbarn, Angehörige, alte und neue Freunde sowie die Beziehung zum Pflegepersonal sind wichtig, sie sollen erhalten bleiben.

Erst wenn Beratung nichts bringt, wenn ein Betreiber nicht willens oder in der Lage ist, fachliche Mängel abzustellen und die Pflege nach den gesetzlichen Regelungen zu organisieren, greift die Wohn- und Betreuungsaufsicht zu schärferen Instrumenten. Sie kann Anordnungen treffen, sie kann eine Einrichtung sogar schließen. Dieses gestufte Vorgehen hat sich bewährt, daran halte ich fest.

Bei Nichtbeachtung der Vorgaben ist die konsequente Umsetzung von Sanktionen notwendig.

Ein Straftäter wird ja auch nicht von Polizei, Staatsanwalt oder Richter beraten, sondern muss mit entsprechender Bestrafung für seine Vergehen rechnen.

Für die Beratung, wie man Pflegeprobleme vermeidet sowie Pflegefachkräfte gewinnt, motiviert und dauerhaft im Beruf hält, sind Qualitäts-, Personal- und Managementberater die richtigen Fachleute. Eine kostenlose Beratung durch die Heimaufsicht ist weder sinnvoll noch zweckmäßig. Ein Heimgesetz sollte den Verbraucher schützen – und nicht die Unternehmer.